

Veröffentlichung eigener Pressemitteilungen

Quelle Westfalen-Blatt vom 23.04.2009
Seite 0
Ausgabe Westfälisches Volksblatt Paderborn
Quellrubrik Paderborn

WESTFALEN-BLATT
die Informativen

Meldeverfahren nimmt Eltern in die Pflicht

Jugendämter fordern Kinderuntersuchungen ein

Kreis Paderborn (WV). Längst nicht mehr alle Eltern gehen mit ihren Kindern zur Vorsorgeuntersuchung. Diese bekommen demnächst Post vom Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit mit der Bitte, die Termine umgehend nachzuholen. Passiert das nicht, muss unter Umständen das Jugendamt tätig werden.

Ziel der Verordnung ist es, die Teilnahmequote an den Vorsorgeuntersuchungen zu erhöhen und gleichzeitig den Schutz der Kinder zu verbessern. Das neue Meldeverfahren ermöglicht es dann auch, jene Sorgeberechtigten herauszufiltern, die ihre Kinder nicht zu den Vorsorgeterminen schicken.

Das funktioniert wie folgt: Das Landesinstitut erfasst jene Daten, die Kinderärzte seit dem 1. Januar nach erfolgten Untersuchungen melden dürfen und müssen. Das sind alle Termine ab der U5, also rund sechs Monate nach der Geburt des Kindes. Dann erfolgt der Abgleich mit den Einwohnermeldedaten. Eltern von Kindern, die nicht im Datenpool aufgeführt sind, bekommen Schreiben vom Landesinstitut mit der Bitte, die Untersuchung(en) nachzuholen beziehungsweise nachzuweisen.

Erfolgt keine Rückmeldung, landet der Ball postwendend in der kommunalen Jugendhilfe. Die Jugendämter sollen dann überprüfen, ob "gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung vorliegen und welche Maßnah-

men notwendig und geeignet sind", so der Wortlaut der neuen Verordnung.

"Wir wissen noch nicht, wie groß die Welle sein wird, die da auf uns zukommt", sagt Hermann Hutsch, Jugendamtsleiter im Kreis Paderborn. Mit den ersten Meldelisten werde frühestens im Mai gerechnet. Demnach werden die Eltern erneut schriftlich aufgefordert, den Untersuchungsnachweis innerhalb einer kurzen Frist nachzureichen, danach erfolgt ein Hausbesuch. "Wir wollen nach den Gründen fragen für die versäumten Untersuchungen, bieten nach Bedarf auch Hilfen und wollen den Blick deutlich auf die Bedürfnisse der Kinder lenken", erläutert Hutsch die Vorgehensweise des Kreisjugendamtes.

Er verweist zugleich auf einen weiteren ernstesten Hintergrund: "Wenn Eltern ihre Kinder nicht einem Arzt vorstellen, wollen wir es sehen, um uns ein eigenes Bild vom Entwicklungsstand machen zu können."

Auch im Kreis Paderborn versäumen immer mehr Eltern die für die Entwick-

lung der Kinder so wichtigen Früherkennungsuntersuchungen. Von den insgesamt neun Untersuchungen (U1 bis U9), die von der Geburt bis zur Einschulung vorgesehen sind, werden vor allem die letzten drei Termine - vom zweiten Lebensjahr bis zum Vorschulalter - nicht mehr ausreichend wahrgenommen. Mit dem neuen Meldeverfahren wird nun der Druck erhöht. Wer sich überhaupt nicht kooperativ zeigt und die Türen vor dem Kinderschutzdienst des Kreises Paderborn schließt, dem drohen sogar gerichtliche Konsequenzen.

Doch so weit soll es nicht kommen. "Wir setzen auf Aufklärung und die Einsicht der Eltern", sagt Hutsch. Denn eigentlich müsste es für Mütter und Väter doch eine Selbstverständlichkeit sein, ihre Kinder zu den Vorsorgeuntersuchungen zu schicken, die ja auch von den Krankenkassen bezahlt werden.

Denn dann können mögliche Entwicklungsstörungen rechtzeitig erkannt und behoben werden.



Vorsorgehefte mit Lücken auch im Kreis Paderborn: Leiterin des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes des Kreisgesundheitsamtes, Dr. Anette Hollmann vom Kreisgesundheitsamt entdeckt immer wieder Defizite bei der Schuleingangsuntersuchung

Quelle Westfalen-Blatt vom 25.04.2009
 Seite 0
 Ausgabe Westfälisches Volksblatt Paderborn
 Quellrubrik Paderborn
 Autor Von Per Lütje

WESTFALEN-BLATT
 die informative

Paderborner Perspektiven

Kindeswohl stärker im Blick

Würde man Eltern fragen, ob ihnen das Wohl ihres Kindes am Herzen liegt, man erhielte die immer gleich lautende Antwort: "Natürlich! Was für eine Frage." Dass sich diese Frage aber stellt, zeigen aktuelle Zahlen des Kreisgesundheitsamtes zu Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern: Jeder zehnte Junge beziehungsweise jedes zehnte Mädchen im Alter von fünf Jahren wird nicht mehr zur abschließenden Vorsorgeuntersuchung gebracht.

Noch alarmierender ist die Situation in Familien mit Migrationshintergrund: Hier bleibt jedes vierte Kind der letzten von insgesamt neun Vorsorgeuntersuchungen fern. Doch das wird in Zukunft nicht mehr passieren können.

Eltern, die eine der gesetzlich vorge-

schriebenen U1- bis U9-Vorsorgeuntersuchungen verpassen, bekommen es ab sofort mit dem Jugendamt des Kreises Paderborn zu tun. Meldet der Kinderarzt, dass ein Junge oder ein Mädchen auch nach einer Erinnerung nicht zum Termin erschienen ist, flattert den Eltern ein Brief ins Haus. Reagieren sie darauf nicht, leitet das Jugendamt ein Verfahren ein.

Dabei belassen es die Behörden nicht: In jedem Fall, in denen Kinder eine Vorsorgeuntersuchung versäumen, werden die Eltern Besuch vom Jugendamt erhalten. Das ist gut und richtig. Denn allzu häufig sind in der jüngsten Vergangenheit tragische Fälle von vernachlässigten Kindern bekannt geworden. Und wohl kein Elternpaar, das sein Kind

misshandelt, wird es für eine Vorsorgeuntersuchung zum Arzt gebracht haben. Lehrern mögen blaue Flecken unter der Kleidung verborgen bleiben, dem Mediziner im Behandlungszimmer nicht.

Eltern, die einen Termin beim Kinderarzt versäumen, nun unter Generalverdacht zu stellen, ist falsch. Das gilt erst Recht für Familien aus einem anderen Kulturkreis. Um so wichtiger ist es, dass sich Jugendamtsmitarbeiter selbst ein Bild vom Kind und von den Verhältnissen, in denen es lebt, machen. Sie können schlimmstenfalls Kindesmisshandlung aufdecken, aber in jedem Fall Missverständnisse ausräumen und Hilfestellungen anbieten.